

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Viertel-Jahres)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23.
Fernsprecher: Amt Köpenickstadt, Nr. 4720.

Nr. 47.

Berlin, Mittwoch, 12. Juni 1912.

Sechszehnter Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. —
Bewegung in der bayerischen Textilindustrie. —
Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereine-Zeil. —
Verbands-Zeil. — Anzeigen.

Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen.

Dr. Carl von Lüssla hat bei Gustav Fischer in Jena ein Buch erscheinen lassen mit wichtigen Materialien über die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in den bedeutendsten Industriestaaten England, Deutschland, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika.*

In der Einführung zu dieser Schrift hebt der Verfasser die Tatsache hervor, daß die materielle Lage und der Wohlstand der Arbeiterschaft eines Landes für den gesamten Volkswirtschaftsstand eine große Bedeutung hat, was allmählich in das Bewußtsein weitest Kreise gedrungen ist. Es sei das Verdienst Friedrich Naumanns, immer wieder darauf hingewiesen zu haben, daß wir Deutsche unsere Stellung in der Weltwirtschaft nur mit einer kulturell hochstehenden, gut gelohnten und kräftig genährten Arbeiterschaft behaupten können. Unsere wirtschaftliche Zukunft liegt in der Verfertigung von Qualitätsarbeit, dazu bedürfen wir aber auch Qualitätsarbeiter. Wir wissen ferner, daß die unteren Stände das große Volksereservoir sind, aus dem der ganze Volkswirtschaft mit frischen Kräften versorgt wird; die große Bedeutung des Aufstiegs der Tüchtigsten aus den unteren Schichten, zu Führern, — im Wilde gedrohen: die Versorgung der oberen Klassen mit frischem Blute, — der große Wert, den somit eine gesunde Unterschicht für die Erhaltung des Gesamtorganismus hat, ist uns durch die Erkenntnisse der modernen Naturwissenschaft klar geworden. So erblickt heute auch für das kurzfristige Auge die Notwendigkeit einer Sozialpolitik und sozialen Fürsorge nicht aus charitativen Gründen, aus Mitleid und Barmherzigkeit, sondern im ureigensten Interesse des Volksganges, als eine Pflicht gegen uns selbst. Denn in dem friedlichen oder ernten und rastlosen Ringen der Völker miteinander auf wirtschaftlichem, weltwirtschaftlichem Gebiete wird das Volk als erster Sieger bestehen, das Schritt zu halten verstand mit der vorwärts eilenden Zeit, das am gesündesten ist an Kopf und Gliedern, das kulturell am höchsten steht. Grundlage und Vorbedingung jeder höheren oder geistigen Kultur ist aber ein gewisser materieller Wohlstand. Mit einem armen, darben den Volke mit einer materiell gedrückten Arbeiterschaft erobert man heute ebenso wenig die Welt wirtschaftlich, wie man es in früheren Zeiten physisch und kriegerisch tat. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, darf eine Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klasse der in friedlichem aber scharfen Wettbewerb mit einander ringenden Völker wohl nicht übersehen werden.

In dem folgenden ersten Kapitel wird die Frage des Lohnes in Einklang gebracht. Hier zeigt sich sofort der erhebliche Lohnunterschied an den Hauptplätzen der Kulturwelt. Es verdienen die Arbeiter in London pro Woche 43,90 M. bei 50 Stunden Arbeitszeit, in Berlin 39,14 M. bei 53 1/2 Stunden Arbeitszeit, in Paris 38,50 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit, in Brüssel 23,90 M. bei 27,70 M. bei 65 bis 69 Stunden Arbeitszeit, in New York 128,40 M. bei 44 Stunden Arbeitszeit. Zimmerer verdienen in Manchester pro Woche 39,20 M. bei 49 bis 50 Stunden Arbeitszeit, in Leipzig pro Woche 32,50 bei 54 Stunden

Arbeitszeit, in Lyon (Frankreich) 33,70 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit, in Lüttich 21,10 M. bei 23,90 M. bei 65 bis 69 Stunden Arbeitszeit, in Chicago 110 M. bei 44 Stunden Arbeitszeit. Stoffeure verdienen in Birmingham pro Woche 45 M. bei 52 bis 53 Stunden Arbeitszeit, in Hamburg 42 bis 48 M. bei 54 Stunden Arbeitszeit, in Marseille (Frankreich) 28,90 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit, in Antwerpen 23,50 M. bei 65 bis 69 Stunden Arbeitszeit, in Boston 110 M. bei 44 Stunden Arbeitszeit. Dies sind Löhne von gelernten Arbeitern — skilled men —; dagegen verdienen ungelernete Arbeiter — labourers — Bauhilfsarbeiter in Bradford pro Woche 24,90 M. bei 50 Stunden Arbeitszeit, in Breslau pro Woche 19,20 M. bis 21 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit, in Lille (Frankreich) pro Woche 15,90 M. bei 66 Stunden Arbeitszeit und in St. Louis pro Woche 78 bis 82,60 M. bei 44 Stunden Arbeitszeit.

Im Maschinenbau- und Metallverarbeitungs-gewerbe verdienen Eisen-dreher in London pro Woche 39 M. bei 54 Stunden Arbeitszeit, in Berlin 37,25 M. bis 38,90 M. bei 57 bis 60 Stunden Arbeitszeit. Former verdienen in Paris pro Woche 31,20 M. bis 36 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit, Eisen-dreher in Antwerpen pro Woche 24 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit, Former in New-York pro Woche 81,25 M. bei 54 Stunden Arbeitszeit, Maschinenisten in Philadelphia 58,60 M. bis 68,75 M. bei 54 bis 60 Stunden Arbeitszeit. Männliche Textilarbeiter verdienen in Bradford 24 bis 32 M. in der Woche, Weberinnen 13 bis 17 M. und Spinnerinnen 8 bis 11 M. Es werden dabei 3 bis 4 Stühle bedient. Die Arbeitszeit beträgt 55 bis 56 Stunden pro Woche. Im Großherzogtum Baden verdienen die männlichen Spinner 18 bis 21 M. pro Woche, die männlichen Weber 15 bis 18 M., die Spinn- und Web- und weiblichen Weber 12 bis 15 M. pro Woche. In Mülhausen (Elsas) verdienen Baumwollspinner 27 bis 30 M. bei 66 Stunden Arbeitszeit und Wollspinner 28,90 M. bis 32 M. bei 61 Stunden Arbeitszeit. In Crefeld verdienen Seiden-spinner 21 bis 24 M. bei 58 Stunden Arbeitszeit, Seidenfärber 22,50 M. bei 27 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit. In Nachen verdienen männliche Wollweber 21 bis 24 M. und weibliche 18 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit, Wollspinner 20 bis 25 M. bei gleicher Arbeitsdauer. In Chemnitz verdienen männliche Weber 20 bis 25 M. und ungelernete Färber 14 bis 17 M. In Lille verdienen die Wollfortierer 29 M. bei 66 Stunden Arbeitszeit und die Wollkammer 19,30 M. bei 72 Stunden Arbeitszeit. In Roubaix erhalten die Jacquardarbeiter 38,40 M. bei 60 Stunden Arbeitszeit. In Philadelphia verdienen die Wollfortierer mit 66,70 M. bis 75 M. bei 57 bis 60 Stunden Arbeitszeit und die Weber mit 55 bis 62,50 M. bei gleicher Arbeitszeit bezahlt.

In der Holzindustrie verdienen die Möbelmacher in London 41,70 M. bis 43,80 M. bei 50 Stunden Arbeitszeit und in Berlin 44,90 M. bei 52 Stunden Arbeitszeit. In New York verdienen die Möbelmacher 62,50 M. bis 75 M. bei 54 Stunden Arbeitszeit.

Die Löhne in Europa stehen weit hinter denen in Amerika zurück, und in Europa werden in England die höchsten Löhne gezahlt und in Belgien die niedrigsten. Soweit Vergleichsländer hier in Betracht kommen. Der amerikanische Arbeiter erhält fast eineinhalbmal mehr Lohn als der Arbeiter in England. Der englische Arbeiter verdient durchschnittlich 25 Proz. mehr als der deutsche und etwa 36 Proz. mehr als der französische Arbeiter.

Die Wohnungsmieten sind entsprechend den niedrigeren Löhnen in Frankreich und Belgien billiger als in Deutschland, England und Amerika. Eine Arbeiterwohnung von 3 Räumen (2 Stuben und Küche) kostet pro Woche in England 3,80 M. bis 4,50 M., in Deutschland 3,50 bis 4,80 M., in Frankreich 2,90 M. bis 4,20 M., in Belgien 2,02 M. bis 2,90 M. und in Amerika 6,90 M. bis 9,60 M.

Die Lebensmittelpreise sind gegenüber in England durchschnittlich 17 Proz. höher in Deutschland, 18 Proz. höher in Frankreich, 1 Proz. niedriger in Belgien und in Amerika 28 Proz. höher.

So behandelt das Buch immer vergleichend die Reallohn- und ihre Komponenten, die Wohnungsmieten und den Wohlstand überhaupt, die Wirkungen von Schutzoll und Freihandel, die Lebensmittelpreise, ferner Budgets englischer und deutscher Arbeiterfamilien, französischer, belgischer und amerikanischer Arbeiterfamilien und bringt zum Schluß eine Bilanz der Lebenshaltung typischer Arbeiterfamilien in den fünf untersuchten Ländern. Das interessante Buch, das insbesondere die in der Agitation stehenden Kollegen lesen sollten, enthält folgende Schlussbetrachtungen:

Die weitaus günstigere Stellung des englischen und amerikanischen Arbeiters seinen Kollegen auf dem Kontinent gegenüber erblickt auf den ersten Blick. Besser noch als ersterer scheint der Amerikaner infolge der enorm hohen Löhne zu stehen. Aber dies dürfte in Wirklichkeit nicht so sehr der Fall sein. Denn im Dollarlande gehen — wie gezeigt — alle Verhältnisse ins Dimensionale. Nicht nur die Wohnungsmieten sind mehr als doppelt so hoch, die Lebensmittelpreise um den vierten Teil höher als im Mutterland: England, sondern auch die Kleidungsstücke, Einrichtungsgegenstände, alle Luxuswaren, alle Verbrauchsmittel, überhaupt alles was käuflich ist — und was ist in Amerika nicht käuflich? — ist weitaus kostspieliger als in Europa. Das dürfte den Vorsprung, den der Amerikaner durch seine sehr hohen Löhne, die mehr denn eineinhalbmal so hoch als in England sind, zu einem guten Teil, wenn nicht gänzlich, wieder wett machen.

Die Arbeiter auf dem Kontinent sind sämtlich schlechter als der englische gestellt. Dies: so günstige Stellung verdankt der englische Arbeiter vor allem der liberaldemokratischen Verfassung und der von echtem sozialen Geist getragenen Verwaltung seines Landes, der Anteilnahme der Arbeiterschaft an Verfassung und Verwaltung, und nicht zum wenigsten auch dem konsequenten Festhalten an dem für richtig erkannten wirtschaftlichen Freihandel. Alle sozialen Einrichtungen, alles was in Verfassung und Verwaltung darauf hinausläuft, die große Masse des Volkes zur aktiven Teilnahme am Ausbau und Züchtung des Staates heranzuziehen, politisch zu interessieren und zu schulen und somit sie kulturell höher zu heben, kurz alles was hingiert zur Verwirklichung des volkstümlichen Arbeitsstaates im Sinne Anton Pengers, alles dies hat die Tendenz den Arbeitswerten gegenüber den Kapitalwerten Geltung und Mehrung zu schaffen.

Im Gegensatz zu England hat die weitaus größte Belastung der deutsche Arbeiterhaushalt zu tragen. Das Lohnverhältnis des deutschen Arbeiters ist um 25 % geringer als das des englischen, die Mietrente aber um 28 % und die Lebensmittelpreise um 8 % höher; das ergibt eine Mehrausgabe für Wohnung und Ernährung von 11 %. Das Verhältnis zwischen Lohn-

* Jena 1912, 70^a, Preis 2,20 M.

einkommen und Aufwendungen für Mietrente und notwendigen Lebensmitteln ist somit beim deutschen Arbeiterhaushalt sehr erheblich ungünstiger als beim englischen.

Die hohen Mietrenten, die hohen Lebensmittelpreise — in Verbindung mit geringeren Löhnen — charakterisieren den feudalkapitalistischen Klassenstaat. Die geschriebenen wie ungeschriebenen Privilegien, die der kleinen oder mächtigen Schicht von Grundbesitzern — ländlichen wie städtischen — die unbefangte Herrschaft über die „misera plebs contribuens“, das arbeitende (handarbeitende wie geistesarbeitende), besitzlose Volk sichern sollen, finden in wirtschaftlicher Hinsicht ihren Ausdruck in der Verringerung der Arbeits- der Erhöhung der Kapitalwerte. Die ganze Wohnungs- politik der Städte, das Hausbesitzerprivileg in den Stadtparlamenten an bis zu jenen notwendigen Maßnahmen, die man zur Gewöhnung der Wohnverhältnisse zu ergreifen unterließ, mußte eine maßlose Heberspekulation und somit eine volksfährigende Heberspekulation des städtischen Grund und Bodens — man möchte sagen mit logischer Notwendigkeit — herbeiführen, deren Folgen die hohen und immer steigenden Mietrenten sind, die jede Verbesserung in der Lage der kapitallos arbeitenden Klassen, jede Lohn- erhöhung (sogar) wieder verschlingen und zunichte machen. So flieht der größte Teil der neugeschaffenen Arbeitswerte in Gestalt der Mietrenten an die städtischen Grundbesitzer.

Zu diesem Druck seitens der städtischen Grund- rente gesellt sich als zweites die Belastung seitens der ländlichen Grundrente, die sich dem städtischen Arbeiter in einer ständigen Versteuerung seiner notwendigen Lebensmittel fühlbar macht. Im Interesse eines verschwindenden Teils der Bevölkerung, der Großgrundbesitzer des Ostens wird die notwendige Einfuhr von Getreide und Weiz, Fisch und Fleisch durch hohe Zölle oder andere Einfuhrbeschränkungen künstlich unterbunden. Ein Industrie-Volk von mehr als 60 Millionen, das mit seinen Fabrikaten den Weltmarkt beherrscht, wird verhindert durch dieselben sich seine notwendigen Lebensmittel preiswert zu er- kaufen; muß „Rehrwerte“ für sein Brot und Fleisch zahlen, Rehrwerte, die nicht dem Volksganzen, son- dern fast ausschließlich einigen wenigen Monopol- besitzern zugute kommen.

Ermöglicht wurde aber eine solche Monopol- und Klassen-Herrschaft in Deutschland durch die Kon- sequente und systematische Ausschaltung der Arbeiter- schaft, wie überhaupt aller nicht kapitalistischen Kreise von Gesetzgebung und Verwaltung. Hier liegen die Ursachen für die so erheblich ungünstigere Stellung des deutschen Arbeiters dem englischen und amerikanischen gegenüber.

Trotz seines bedeutend höheren Lohnes ist der deutsche Arbeiter daher auch kaum besser gestellt als der französische und belgische; da weder in Frankreich noch in Belgien die Lebensmittelpreise und vor allem die Mietrenten so enorm hoch sind als in Deutsch- land.“

Sätten wir in Deutschland eine starke einheitliche Volkspartei, in welcher auch die Arbeiter, statt in einer Klassenpartei gefondert, Schulter an Schulter für den Fortschritt kämpften, dann hätten wir auch andere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse. In unserem Lande besorgen die extremen Parteien der Reaktion und der Sozialdemokratie einander die politischen Geschäfte, das Volk aber hat darunter schwer zu leiden. Carl von Lysaks Buch ist dafür ein sprechender Beweis. K. G.

Lohnbewegung in der bayerischen Textilindustrie.

Der Verband Süddeutscher Textilindustrieller in Augsburg hat an die Vertreter der drei Arbeiter- organisationen, die an ihn herangetreten waren, mit der Bitte, über die Gestaltung der Arbeits- verhältnisse mit ihnen zu verhandeln, folgende Ant- wort gesandt:

„Die unserem Verband angeschlossenen Textil- firmen müssen es grundsätzlich ablehnen, zu Anregen- gen und Wünschen Stellung zu nehmen, welche den mit ihrem Arbeitern bestehenden Arbeitsvertrag be- treffen und ihnen durch Person- übermittlung werden, die nicht in ihren Betrieben beschäftigt sind.

Der Verband selbst befaßt sich mit Fragen des Arbeitsvertrags zwischen seinen einzelnen Mitgliedern und deren Arbeitern nur insoweit, als er von Ersteren darum ersucht wird.“

Der genannte Unternehmerverband begründet

seine Stellungnahme in einer längeren Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ wie folgt:

„Abgesehen von rechtlichen und grundsätz- lichen Erwägungen und von dem Umstand, daß nur ein geringer Prozentsatz der in den Augsburger Textilbetrieben beschäftig- ten Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, ist ein Verhandeln von Organisation zu Organi- sation schon aus praktischen Gründen nicht an- gänglich. Die Augsburger Textilindustrie umfaßt die verschiedensten Zweige: Baumwollspinnerei, Baumwollrohweberei, Buntweberei, Fleicherei, Färberei und Ausrüstungsanstalten, Rattun- druckerei, Kammgarnspinnerei sowie Zwirnereien und Nähfabriken. Schon deshalb herrschen in den einzelnen Werken hinsichtlich der Entlohnung die verschiedenartigsten Verhältnisse. Hierzu kommt, daß auch innerhalb der nämlichen Branche die für die Lohnbemessung maßgebenden Faktoren erheblich voneinander abweichen. So weisen z. B. die Augs- burger Rohwebereien für sich allein schon erhebliche Unterschiede auf. Unter ihnen befinden sich nämlich sowohl Sortiments-, wie Jacquard-, wie reine Rattunwebereien; auch die von einem Weber bediente Stuhlzahl ist von Betrieb zu Betrieb verschieden, ferner kommt neben dem gewöhnlichen mechanischen Webstuhl der Automatenstuhl mit seinen gänzlich anders gearteten Produktionsbedingungen in Be- tracht usw.

Schon die Lohnfrage allein, abgesehen von den übrigen Punkten, könnte daher nicht generell ge- regelt werden. Wenn, wie es in der Absicht der In- dustriellen liegt, innerhalb des Rahmens des Mög- lichen etwas getan werden soll, so muß spezialisiert und von Fall zu Fall vorgegangen werden. Dies umso mehr, als innerhalb der einzelnen Werke selbst die Löhne der verschiedenen Arbeiterkategorien durch fortwährende Veränderungen in der tech- nischen Betriebsorganisation Veränderungen er- fahren, die bei einer Neuregelung der Löhne aus- geglichen werden können und sollen. Ferner kommt in Betracht, wie weit bei den einzelnen Firmen die letztmaligen Lohnregulierungen zurückliegen. Bei einigen Werken sind solche vor nicht allzu langer Zeit erfolgt und verbietet es dieser Umstand allein schon, die Regelung der Lohnfrage für die gesamte hiesige Textilindustrie in Bausch und Bogen vor- zunehmen.

Die Gewerbeordnung gibt in den Arbeiteraus- schüssen für die Wünsche der Arbeiterschaft und etwa daran sich knüpfende Verhandlungen ein Organ an die Hand, in dem diese Fragen in voller Ruhe, in aller Gründlichkeit und mit der nötigen Sachkennt- nis behandelt werden können. Schon aus rein praktischen Erwägungen sehen daher die Augs- burger Textilindustriellen auf dem Standpunkt, daß, falls die Arbeiterschaft Wünsche zu äußern hat, sie dies durch die vom Gesetz gebotenen Organe, d. h. durch die Arbeiterausschüsse bewirken soll. So wurde es in Augsburg von jeher auch ohne Da- zwischentreten der Organisationen gehalten und es ist uns kein Fall einfallen, wie dies nicht zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt hätte.“

Aus dem Briefe und seiner Begründung kann die Arbeiterschaft viel lernen. Einmal ist lehrreich die Tatsache, daß die in der Augsburger Textil- industrie beschäftigten Arbeiter nur zu einem ge- ringen Teil in den Berufsorganisationen der Tex- tilarbeiterorganisation organisiert ist. Die Antwort würde wohl eine andere Rolle gehabt haben, wenn die übergroße Mehrheit der Arbeiter in den Berufs- organisationen organisiert gewesen wäre. Werden die Textiler das begreifen? Im dem Schreiben kommt die alte Auffassung zum Ausdruck, nicht mit den Organisationen verhandeln zu wollen, weil hierfür die Arbeiterausschüsse als gesetz- liche Einrichtung vorhanden seien. Wir wissen die Bedeutung der Arbeiterausschüsse sehr wohl zu wür- digen, indes hat die Erfahrung gelehrt, daß in Sachen Lohnfragen die Mitglieder der Ar- beiterausschüsse sich sehr zurückhaltend äußern, weil sie fürchten, sich selber in ihrer Existenz Schwierig- keiten zu machen. Sind die Organisationen zu schwach, um ihren berechtigten Wünschen Geltung zu verschaffen, dann müssen sie sich die Abweisung gefallen lassen. Daher bildet der Brief des Verbandes eine dringende Mahnung an die Textilarbeiter, sich ihrer beruflichen Organisation, in erster Linie dem Gewerbeverein der deutschen Textilarbeiter, anzuschließen.

Der Brief der Organisationen hat immerhin zunächst den einen Erfolg gehabt, daß man den Ar- beitern in Bezug auf ihre Lohnwünsche ent- gegen kommen will. Schließlich werden auch die organisierten Textilindustriellen es noch einmal begreifen, daß der Friede im Gewerbe durch nichts besser gesichert wird, als durch ein freimütiges und offenes Verhandeln mit den Organisationen der Arbeiter.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 11. Juni 1912.

Der preussische Landtag ist in der vorigen Woche noch auf 2 Tage zusammengetreten, um seinen Arbeiten den nötigen Abschluß zu geben. Die Chronrede hat in Bezug auf eine Herabsetzung des Wahlrechts auch in dieser Session noch keine Erfüllung erfahren. Unerledigt blieb auch die Novelle zur Einkommen- und Ergän- zungssteuer und das Wassererlese. Erledigung fanden das Weisbefestigungs- gesetz und die Vorlage gegen die Arbeits- schein- und die säumigen Nährpflichtigen. Jetzt ist der Landtag in die Ferien ge- gangen. Am 22. Oktober soll er wieder zusamen- treten.

Eine Neutralitätsverletzung der Hirsch-Dunder- schen Gewerkschaft hat wieder einmal die Christ- liche „Textilarbeiterzeitung“ entdekt. Das Organ unseres Gewerbevereins der Deutschen Textilarbeiter schreibt darüber: Der in Magdeburg erscheinende „Mitteldeutsche Kurier“, angeblich Organ des Aus- breitungverbandes der Hirsch-Dunderschen Ge- werkschaft Mitteldeutschlands, also nach der „Textilarbeiterzeitung“ ein offizielles Blatt, in Wahr- heit aber eine „Wochenchrift für nationale Kultur und soziale Politik“, wie für jedermann am Kopfe der Zeitung zu lesen ist, statt in Nr. 13 dieses Jahres einen Artikel, betitelt „Junfer und Woffen“ aufgenommen. Aus diesem find nun verschiedene Sätze herausgenommen worden, die den Un- fundigen von einer Herabwürdigung der Geistlich- keit durch die Gewerkschaften überzeugen soll.

Mit dem betreffenden Artikel haben wir nichts gemein, haben auch keine Veranlassung, denselben zu verteidigen; denn er hat in seinem offiziellen Organ unserer Gewerkschaften gestanden, noch die Ansicht der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht.

Uns liegt aber ganz besonders daran, nach- zuweisen, wie strapellos derartige Verdächtigungen von christlicher Seite in die Welt gesetzt werden.

Die aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze über die Pfaffen geben der „Christl. Texti- larbeiterzeitung“ Veranlassung, von einer Herab- setzung der christlichen Geistlichkeit und eines ehr- würdigen Standes, gesehen offiziell durch die Ge- werkschaften, zu sprechen. Wir haben schon richtig gestellt, welcher Art der „Mitteldeutsche Kurier“ ist. Bei objektivem Durchlesen des betr. Artikels wird jeder Unparteiische aber herausfinden, daß darin die christliche Geistlichkeit als etwas für unser Volk Notwendiges, Hohes, Ideales und Erzie- herisches dargestellt ist, das nichts zu tun hat mit der Beurteilung des Pfaffenstums, d. h. mit Leuten, die nur den Priesterrock tragen, einer Kirde- gemeinde, das Volk ausruhen für ihre Sonder- beibringungen, die mit ihrem Amt und der Religion nicht das geringste gemein haben, die also ihr Amt mißbrauchen. Warum unterschlägt die christliche Textilarbeiterzeitung diese Tatsache?

Das Gericht hat schon vor 20 Jahren den rich- tigen Standpunkt eingenommen. Als zu do- maliger Zeit ein Redakteur diese Sätze das erste- mal veröffentlichte, wurde er wegen Verleumdung der Geistlichkeit verklagt. Das Gericht sprach ihn aber glänzend frei, weil Pfaffenstum und Geistlich- keit absolut nicht gleiche Begriffe seien.

Die christliche Zeitung hätte dies, wenn sie nicht unmaßstäblich sein wollte, ihren Lesern auch mitteilen können, aber sie hat es nicht getan, weil dann die Wirkung verpufft wäre.

Im Gegenteil, in ihrer künstlichen Entrüstung geht die Zeitung soweit, die christliche Geistlichkeit und das Pfaffenstum in eine Parallele zu stellen, im Gegensatz zu dem gerichtlichen Urteil. Ob damit der Geistlichkeit ein Dienst erwiesen worden ist?

Der Zweck dieser an den Gaaren herbeigezogenen Verdächtigung ist natürlich immer wieder derselbe. Die christliche Arbeiterschaft soll grübelig gemacht werden vor einer Religionsfeindschaft der Gewerkschaften, die nicht existiert. Dießmal wird zur Abwechslung an die evangel. Arbeiter appelliert. In der Wahl der Mittel sind, wie vor- stehendes zeigt, die „Christen“ gelehrte Schüler der sogenannten freien Gewerkschaften geworden.“

Uebrigens hat auch der „Mittelde. Kurier“ den Unfinn der Zentrumspresse bereits in Nummer 17 beweiskräftig widerlegt.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit tritt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ein, was umso be- merkenswerter ist, als dieses Blatt das Sprachrohr der rheinisch-westfälischen Großindustrie ist. In einem Artikel „Das Problem des Arbeitszeit- schuzes“ stellt sie folgende Betrachtungen an:

Der arbeitende Mensch muß auch eine gewisse Zeit zur Verfügung haben, die er der Entwicklung seiner Persönlichkeit widmen kann, das wertvollste Moment, um der unbefriedigenden Herrschaft der Klasseninstinkte entgegenzuwirken und die Hoffnungslosigkeit zu überwinden; die ein so wichtiger Faktor in der Proletarierstimmung ist. Zu dieser Entwicklung braucht das Individuum nicht nur im Stadium körperlicher Unreife, sondern noch später Zeit und Kraft, und deshalb soll die Berufsarbeit nicht bloß das verfügbare Zeit, sondern auch das Kraftmaß nicht voll erschöpfen. Was will man von einem Geschlecht von Menschen erwarten, deren tägliches Einerlei gütigenfalls jahrelang in nichts anderem sich abspielt, als in zwölf Stunden Aufenthalt in der Arbeitsstätte, zwei Stunden Begeh zu und von derselben, acht bis neun Stunden Schlaf und 1-2 Stunden Nahrungsaufnahme? Kaum wird jemand zu diesen Verbältnissen zurücksteuern wollen, die den alten Cato zu dem Ausspruch veranlaßte, Sklaven dürften nur entweber arbeiten oder schlafen, denn die Erkenntnis hat sich wohl durchgerungen, daß die gebildeten, anderen als rein sinnlichen Genüssen zugängliche Arbeiterklasse leistungsfähiger ist.

Wenn diese vernünftigen Gedanken auch nicht in der Redaktion der „Rhein.-Westf. Ztg.“ entstanden sind, sondern dem Buche von Professor Dr. Otto von Friedeband-Südenhorst: „Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung“ entnommen sind, so verdient es doch hervorgehoben zu werden, daß das Blatt den Freimut besaß, solche Anschauungen zum Ausdruck zu bringen. Es wäre gewiß erfreulich, wenn der großindustrielle Meisterkreis der „Rhein.-Westf. Ztg.“ es sich gut einprägen wollte, welche Bedeutung die Gebührende einer vernünftigen Arbeitszeit für die gesunde Volkserziehung hat.

Weil wir einmal bei der „Rhein.-Westf. Ztg.“ sind, wollen wir auch noch mitteilen, daß das Blatt sich aus industriellen Kreisen schreiben läßt, wie sehr sich die verschiedenen Volksteile nach einer Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter lehnen. In dieser Zuschrift wird auch behauptet, daß die christlichen Gewerkschaften der nationalen und der evangelischen Arbeitervereine samt und sonders auf dem Boden der Forderung ständen, daß ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen unerlässlich sei. Es wäre gut, wenn die christlichen Gewerkschaften in klarer Stellungnahme zum Ausdruck brächten, welche Bedeutung diese Rede hat. Bei dem Bergarbeiterstreik hat der christliche Gewerkschaften der Bergarbeiter allerdings die Hilfe von Polizei und Soldaten zum Schutze der Arbeitswilligen angerufen. Es ist klarheit darüber erwünscht, ob die christlichen Gewerkschaften sich nun noch mehr allgemein und grundtätig für eine Einschränkung des Koalitionsrechts erklären wollen.

Arbeiterbewegung. Der Straßenbahnstreik in Königsberg hat nach dreiwöchentlicher Dauer sein Ende gefunden. Die Wiedereinstellung erfolgt nach dem Dienstalter, die Gerichtskosten tragen die Angestellten die Direktion bezahlt nur ihren Rechtsanwalt selbst. Im Betriebe ist künftig jede Agitation untersagt, ebenso die Veranstaltung von Sammlungen ohne Genehmigung der Direktion, wie auch das Einschleusen von Beiträgen. Die Bedrohung von Arbeitern mit Mißhandlungen oder wirtschaftlichen Nachteilen zu dem Zweck, sie in die Organisation zu zwingen oder von der Arbeit fernzuhalten, ist verboten. Die sozialdemokratische Presse tut so, als sei der Kampf mit Bravour bestanden worden. Wir verweisen hierzu auf den besonderen Artikel im nächsten „Gewerkschaften“.

Die Fleischermeister in Neuzölln, die einen vereinbarten Tarif anerkannt haben, hängen in ihren Schaufenstern ein Plakat aus, worin die Anerkennung des Tarifs angeündigt wird. Das königliche Polizeipräsidium gibt diesen Plakaten den Vermerk, daß die Richtigkeit dieser Anündigung auf Grund des vorgelegten Tarifvertrages vom 4. Juni 1912 bescheinigt wird. Der „unterzeichnete Ausschuss“ der Fleischergehilfen Neuzölln soll aber nach Behauptung des „Vorwärts“ nur die gelben Stellen hinter sich haben. Diese hätten mit der Zinnung vereinbart, die Arbeitszeit auf 75 Stunden pro Woche zu beschränken. Die Zinnung kümmerte sich aber keineswegs um die Durchführung dieser Arbeitszeitbeschränkung, denn viele beschäftigten ihre Geheilen pro Woche über 100 Stunden. Man möchte nur in solchen Geschäften kaufen, deren Firmen im „Vorwärts“ veröffentlicht werden. Diejenigen Geschäfte, in denen die vom Polizeipräsidium unterfütterten Plakate ausgingen, werden als boykottiert bezeichnet. — Im Hamburger Hafen sind Tarifverhandlungen nun auch für die Motorschiffe herbeigeführt, die einen Erfolg zu versprechen scheinen. Der Mindestlohn in den Werksführer-Betrieben soll wöchentlich 32 M. betragen. 22 Barkassenführer haben bei 8 Firmen die Arbeit niedergelegt. Es sind auch

hier Verhandlungen im Gange. — Der Zustand der Steinarbeiter im Burgener Klastensteingebiet ist nach sechswochiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. 1000 Arbeiter waren an dem Kampf beteiligt. Die Arbeitgeber gingen auf die Forderungen betreffend Einführung von Tarifverträgen und Abschaffung der Affordarbeit nicht ein. Sie verpflichteten sich nur, die Ausständigen mit Ausnahme von 5 Streikführern sämtlich wieder einzustellen. — Der Kampf der Metallarbeiter in Hannover geht noch fort. Die Aussperrung der 60 Prozent ist erfolgt. — Neue Kämpfe drohen in Berlin. Die Arbeiter der Eisenkonstruktionswerke wollen die Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden herabgesetzt haben. Die Arbeitgeber erklären, wenn die Eisenkonstruktionsarbeiter die Sache auf die Spitze treiben, würde sich ein Kampf in Deutschland entwickeln, wie ihn die deutsche Metallindustrie noch nicht gesehen habe. In der Frage der Ueberstundenbezahlung wollen die Arbeitgeber in einzelnen Punkten Entgegenkommen zeigen. Eine Baugelage von 5 Pfg. pro Stunde sei ebenfalls akzeptiert worden. Ueber die Forderung einer Erhöhung der Anfangslöhne um 10 Proz. wird noch verhandelt. In einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung wurde auf die Herabsetzung der Arbeitszeit das größte Gewicht gelegt und erklärt, wenn bis Mittwoch eine Verständigung nicht erfolgt, dann müßte am Donnerstag der Streik auf der ganzen Linie beschlossen werden. — In der Wälschbrunn-Groß-Berlins ist es ebenfalls zu Differenzen gekommen, weil der Tarif nicht überall innegehalten werde. — Die Aussperrung in der Fürtter Spiegelindustrie ist zu Ende. Kleine Lohnherhöhungen und die Zulieferung, daß vom 1. Juli 1913 ab die 45stündige Arbeitszeit eingeführt werden soll, wurden erreicht. — In Götting geht der Kampf, der nun schon 10 Wochen dauert, weiter. Die beiden Organisationen (Gewerkschaften und Gewerksvereine) erlassen ein gemeinsames Flugblatt, worin sie vor der Dessenlichkeit warnen, daß sie im Recht sind und das Publikum bitten, den kämpfenden Arbeitern die Sympathie zu erbalten.

Im Londoner Hafen sieht die Sache recht kritisch aus. Wenn nicht in den letzten 24 Stunden eine Aenderung der Situation eingetreten ist, dann wird mit der Wahrscheinlichkeit eines Generalstreiks, der am heutigen Dienstag beginnen soll, gerechnet werden können. — Der Ausgang der Wahlen in Belgien hat einen politischen Streik zur Folge gehabt, an dem sich etwa 100 000 Arbeiter beteiligten. Inzwischen ist aber wieder im wesentlichen Beruhigung eingetreten, so daß die meisten Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben. — Matrosen und Dockarbeiter des Hafens von Antwerpen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Geizer, Kohlenräger und Matrosen des französischen Ozeandampfers „France“ legten die Arbeit nieder in dem Augenblick, als das Schiff nach New York abfahren wollte und verlangte eine Lohnherhöhung von 30 Proz. monatlich für Geizer und 20 Proz. für Kohlenräger und Matrosen. Es haben sich 1000 organisierte Seeleute mit den Streikenden des Ozeandampfers solidarisch erklärt und wird in Frankreich befürchtet, daß sich aus der Affäre ein allgemeiner Seemannsstreik entwickeln könne.

Der „Deutsche Metallarbeiter“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes, klopft über den „Sieg“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Frankfurt a. M. von der „Arbeitgeberseite“ gelobt werde, weil seine Führer erklärt hätten, sie könnten für eine große Aussperrung die Verantwortung nicht übernehmen. Gleichzeitig stellt das Blatt aus der „Arbeitgeberseite“ fest, daß das, was bei der Einigung herausgekommen sei, viel weniger sei als das, was den Arbeitern vor der Arbeitseinstellung bereits zugesandt wurde. In Hannover werde man das selbe Schauspiel erleben. Darum sei wohl die Frage berechtigt, wo die nächste Vorstellung gegeben werde, bei welcher die Kollegen und Kolleginnen der Metallindustrie so teure Steuern für ihre Teilnahme bezahlen müssen, wie dies seit 1905 bei jedem größeren Kampf der Fall gewesen sei. Die beiden „lieblichsten“ Verbände kennen einander.

Fleischpreise in Deutschland und Dänemark. Das Berliner Tageblatt veröffentlicht folgende interessante Zuschrift vom fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Reube-Hensburg:

„Von einer Geschäftsreise heimkehrend, finde ich in den Fleischläden der dänischen Stadt Gjörring in Jütland in den Schaufenstern Plakate hängen mit folgender Aufschrift in wortgetreuer deutscher Uebersetzung:

„Infolge der hohen Viehpreise und großen Verluste durch Beschlagnahme von Rügen sehen wir uns genötigt, vom 1. Mai dieses Jahres an die Fleischpreise wie folgt zu erhöhen:

	Oere	Hfennig
Schieres Beefsteakfleisch u. Ochsenungenen	65	78
Hochrippe und Ochsenbraten	55	62
Suppenfleisch	45-50	50-56
Ralssteulen	50	58
Ralslebern	40	45
Ochsenlebern	35	38

Alles per ½ Kilo oder 500 Gramm.

Gjörring, im April 1912.

Sämtliche Schlächter.
Das sind also die erhöhten Preise, welche die Fleischer unseres Nachbarstaates Dänemark zu nehmen genötigt sind, und wenn man damit die Preise vergleicht, welche bei uns in Deutschland genommen werden müssen, dann hat man erst den richtigen Begriff davon, wie weit es die agrarische Gesetzgebung der letzten 15 Jahre bei uns gebracht hat. Diese Preise muten fast an wie aus der Zeit vor 50 Jahren bei uns in Deutschland, während diese guten Zeiten heute noch in Dänemark, also eben vor unserer Tür, gelten, wo doch der Bauernstand auf mindestens ebenso hoher Stufe steht wie bei uns in Deutschland, wo aber durch eine vernünftige Agrargesetzgebung Produzent und Konsument auf ihre Kosten kommen. Die Gegenüberstellung obiger dänischer Preise mit den in Deutschland herrschenden macht jede Zuwegbemerkung überflüssig.

S. Reube,
Mitglied des Reichstages.

Die Sozialdemokratie will die Republik, also darf sie auch nicht an einem Hoch auf den Kaiser teilnehmen. Als in der letzten Sitzung des Reichstages der Präsident das übliche Hoch auf den Kaiser ausbrachte, ließen die Sozialdemokraten aus dem Saal heraus, nur der Abgeordnete für Magdeburg, Herr Landsberg, blieb darin jurid. Damit hatte er gegen die Heiligkeit der sozialdemokratischen Tradition verstoßen. Ein Rebergericht wurde über ihn verhängt. Das verlief leidlich glimpflich. Jetzt hat Herr Landsberg sich in einer Verlammlung zu Magdeburg gerechtfertigt und dabei u. a. ausgeführt:

Sie werden nun fragen, warum ich denn bei dem Kaiserhoch nicht hinausgegangen sei. Ich antworte, weil ich diese Art der Demonstration nicht mit meinem Gefühl von persönlicher Würde in Einklang zu bringen vermag. Ich gebe zu, das ist Geschmacksache und über den Geschmack läßt sich nicht streiten. Ich halte den Geschmack für nicht gut, der sich in solcher Blucht vor einem Kaiserhoch äußert. Stellen Sie sich vor: sobald der Moment naht, daß das Kaiserhoch ausgedrückt wird, verlassen die Sozialdemokraten fluchtartig den Sitzungssaal. Sie stehen also förmlich unter dem Bann des Kaiserhods. Was ist das für eine Sache! Noch schlimmer ist es ja zum Beginn einer Session. Da warten unsere Genossen gewissermaßen mit dem Ohr an der Tür ab, bis das Hoch verklungen ist. Derartige Demonstrationen können sich vielleicht kleine Fraktionen von fünf oder zehn Mann leisten, aber eine Fraktion von 110 Köpfen sollte in anderer Weise demonstrieren. Als junger Mensch lebte ich in einer rein katholischen Gegend. Damals war ich auch schon ein Freigeist, aber trotzdem habe ich, wenn ich einer Prozession begegnete, den Hut gezogen, weil ich die Gefühle anderer nicht verletzen wollte. Glauben Sie, daß ich damit die katholische Kirche gefördert habe oder habe fördern wollen? Ebenso verlange ich natürlich, daß auch niemand meine Gefühle verletzt. Wenn in einer sozialdemokratischen Verlammlung ein Hoch ausgedrückt wird auf etwas, das uns heilig ist, und ein Gegner tut sich dabei durch Störungen hervor, so nenne ich ihn einen Feind. Umgekehrt müssen auch wir die Empfindungen anderer schonen.

Landsberg erklärte, daß er das Hoch stehen angehört habe, weil er schon vorher stand und sich nicht habe hinsetzen wollen, um nicht ungezogen zu erscheinen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Brandes, der seine Freundschaft mit Landsberg hervorhob, übte eine scharfe Kritik an dem Verhalten seines Fraktionskollegen und warf ihm Disziplinbruch vor. Die Fraktion habe beschlossen, vor dem Kaiserhoch den Saal zu verlassen, also habe auch Landsberg die Pflicht gehabt, mit hinauszuweichen. Landsberg habe die Fraktion lächerlich gemacht. Das zurückzuweisen, habe er sich zum Wort gemeldet.

Diese Verhandlungen sind sehr lehrreich. Endlich gibt es einen sozialdemokratischen Abgeordneten, der den Mut hatte, das Kind beim rechten Namen, d. h. es eine Fegelei zu nennen, wenn eine Minderheit in einem Hause die Gefühle der Mehrheit durch ihr Betragen zu verletzen sucht. Wir haben immer mit allem Nachdruck auch den Sozialdemokraten gegenüber das Recht der freien Meinung vertreten müssen. Wer will, daß seine eigene Anschauung geachtet wird, muß auch die Ge-

fühle und die Ueberzeugungen seiner Mitmenschen achten. Wenn diese Durchsicht erst Gemeingut geworden sein wird, dann mag die Macht der sozialdemokratischen Agitation darunter leiden, die guten Sitten im Volke aber werden dabei besser fortkommen.

Leider hat Herr Landsberg erklärt, daß er es nicht wieder zu einem Konflikt mit der Fraktion kommen lassen wolle. Also läuft er beim nächsten Male auch mit hinaus. Jeder blamiert sich so gut wie er kann.

Am ersten Pfingstfeiertag tagten im „Mittelsbacher Hof“ zu Selb die Gewerksvereine des 7. Bezirksbezirks (S.-D.). Nachdem der Vorsitzende, Herr A. Wolf (Blauen), die zahlreich erschienenen Delegierten herzlich begrüßt, wurde in die Tagesordnung, welche sehr umfangreich war, eingetreten. Die Anstellung eines Bezirksbeamten wurde nach einiger Debatte, weil noch nicht genügende Mittel vorhanden, leider für die nächste Tagung zurückgestellt. Eine lebhaftige Debatte betraf die „Agitation“. Im allgemeinen wurde anerkannt, daß der Bezirk Hof-Münchberg-Selb sich im letzten Jahr gut hervorgehoben hat. Bei dem Punkt der Tagesordnung „Verschieben“ wurde hauptsächlich über das 25jährige Jubiläum des Ortsverbandes Münchberg, verbunden mit Agitationsfest unter Beiziehung eines Redners vom Hauptbureau beraten. Man gab sich der Hoffnung hin, daß, wenn die zahlreichen Einladungen beachtet werden, ein guter Erfolg zu erzielen sein wird. Auch die Reichsversicherung wurde erörtert, doch wurde dieser wichtige Abschnitt dem Hauptauschuß Ehrenberg überlassen. Bei der Wahl der Vorsitzenden wurden die Kollegen A. Wolf-Blauen und Adolf Rohr-Selb gewählt, zu Schriftführern die Kollegen Voit-Münchberg und Stöckig-Blauen. Den Kollegen wurde für ihre Tätigkeit im verflochtenen Jahre wärmster Dank gesagt. Der Vorsitzende mahnte zur weiteren eifrigen Arbeit und schloß mit dem Dank an alle Kollegen die sehr interessante Bezirksversammlung mit einem „Auf Wiedersehen in Hof!“

Gewerksvereins-Teil

§ Breslau. „Gewerksvereine und Politik“, so lautete das Thema, welches in der am 1. Juni abgehaltenen Ortsverbandes-Mitgliederversammlung der Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, Stadtbürodirektor Karl Goldschmidt, Berlin behandelte. Der Referent wies einleitend auf die auf den Verbandstagen von 1907 und 1910 gefaßten Resolutionen hin, durch welche die Mitglieder eine Richtschnur erhalten haben und ermahnt wurden, als Staatsbürger ihre Pflicht zu tun. Innerhalb unserer Organisation, so führte der Redner aus, haben wir die Neutralität hochzuhalten, das heißt, die Erörterung von parteipolitischen und religiösen Fragen zu unterlassen; dies sei Sache der politischen und religiösen Vereine. Die Gewerksvereine sind eine wirtschaftliche Berufsorganisation, in der wirtschafts- und sozialpolitische Fragen behandelt werden und in denen sich Arbeiter aller Parteistellungen und Konfessionen

zusammenfinden. Dieser Grundgedanke sollte hochgehalten, trotz aller Anfeindungen und Verleumdungen von rechts und links. Toleranz und Duldsamkeit, dies Prinzip müsse nicht nur im Programm stehen, sondern auch in der Praxis hochgehalten werden. Die Diskussion, an welcher sich die Bezirksleiter Stühner und Wolff, ferner die Mitglieder Alexander, Thiel und Jacob, sowie Lehrer Theilig beteiligten, war getragen von dem Bewußtsein, daß die Bestrebungen der Gewerksvereine kulturellen Wert und Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft haben. — Am anderen Tage schloß sich ein Bezirkskongress der Ortsverbände Mittelschlesiens an. Bezirksleiter Stühner-Breslau hielt einen Vortrag über „Versicherungs- und Oberversicherungs-Komitee“. Es wurde ein Antrag angenommen, durch den die Gewerksvereine aufgefordert werden, auf alle Fälle sich an den bevorstehenden Brandenkassenwahlen zu beteiligen, da aus diesem Vertreter und Wähler zu den Kassen gewählt werden. Eine ausführliche Diskussion entstand über die Tätigkeit der im vergangenen Jahre eingesetzten Propaganda-Kommission. Der Bezirkskongress beschloß sich eingehend mit der vorzunehmenden Agitation in Mittelschlesien. Der nächstjährige Bezirkskongress findet in Glatz statt. x.

Berbands-Teil

Aufforderung!

Für die den Ortsverbänden zum Verkauf angebotenen Verbands-Adressenverzeichnisse fehlt noch teilweise die Abrechnung mit der Verbandskasse.

Die Ortsverbandskassierer werden hierdurch ersucht, umgehend die Beträge einzuzahlen.

A. Klein, Verbandskassierer, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Während der Sommermonate Juni bis August fallen die offiziellen Sitzungen aus. Dafür finden in jedem Monat, abends 8 1/2 Uhr zwanglose Zusammenkünfte im Verbandsbureau, Gewerksvereins-Liebertafel (S.-D.), jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Verbandsbureau d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal), abends 10-11 Uhr, 15. Juni. Maschinenbau- u. Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr bei Gutzeit, Bezirk 69. Monatsbericht. Bericht von der kombinierten — Maschinenbau und Metallarbeiter II. Abends 8 1/2 Uhr Bruchstr. 36 a. 1. Mitteilung. 2. Monatsbericht. 3. Unterfertigungsgesuch. 4. Berichte. — Maschinenbau und Metallarbeiter III. Abends 8 10 Uhr Zahlabend i. Nordwest-Rafino, Alt-Roabit 65-66. — Maschinenbau u. Metallarbeiter IV. Abends 9 Uhr im Hillebeinhaus/Janckh. Welle-Kranzstr. 87. Protokoll. Mitteilungen. Vortrag des Kollegen Gleditsch auf. Kollstr. 10. Bericht/Angelegenheiten. Verschiedenes. — Maschinenbau und Metallarbeiter V. Abends 8 1/2 Uhr bei Schumacher, Galzigerstr. 126. Monatsabschluss. Bericht von der kombinierten. Vortrag des Kol. Joseph: „Kommunale Arbeitslosenversicherung“. — Maschinenbau und Metallarbeiter XII. Abends von 8-10 Uhr Zahlabend bei Krull, Ruttbuserstr. 51. —

Franken und Wäldchen Berlin I. Freitag, 14. Juni, abds. 8 1/2 Uhr im „Altenheimershaus“, Wäldchenstr. 61. Vortrag von H. Hoffmann über: „Entwicklung der Frauenfrage“. Außerdem Auszug am 16. Juni nach Friedrichshagen. Treffpunkt 18 Uhr am Schließigen Bahnhofs. Gäste willkommen.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Burjops Gesellschaftshaus, Kellenstr. 1. und 2. Donnerstag im Monat Distriktsrat ebenso, pünktlich 8 1/2 Uhr abends. — Cottbus (Distriktsrat). Sitzung jeden 1. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hauptamt, Sandowestr. 42. — Dessau. Gewerksvereins-Liebertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr Liebigstr. 1. Berlin, Köpenick, Marktstr. — Düsseldorf (Vollständiger Ortsverband). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbureau, Rurstraße 39. Sitzung. — Eisenfeld-Wormen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Eisenfeld, Aufsenstr. u. Erlöngstr. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal 6. Simon, Alter Markt. — Gera u. Hagen. Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsrat bei Rudewig. — Halle a. S. (Ortsv.). Der Distriktsrat findet jed. 1. Sonntag im Monat i. Hofgasse-Rest. W. Braunsstr. 1. — Hamburg (Ortsv.). Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Bühnen“, Lagerstraße 2. Distriktsrat. — Hamburg (Gewerksvereins-Liebertafel). Jeden Donnerstag Liebigstr. 5. Thüner i. Altona, Elmstedterstr. 48-50. — Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Monatsber. der Jugendabst. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in Linden bei Herrn Stehmler. Hennigsdorf. Am Sonnabend, den 15. Juni, Ortsvereinsversammlung. Anfang 4 1/2 Uhr bei Bolter. — Herne in Westf. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Witte Bülh. Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. — Herten (Gewerksvereins-Liebertafel). Die Liebigstrunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, Ratt. Gäste und stimmberechtigte Mitglieder sind herzl. willkommen. — Hildheim i. Ruhr. Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — Luedelburg und Umgegend (Ortsv.). Sonntag, 28. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr außerordentliche Verbandsversammlung in Reinfeld, Galtstr. „Zum goldenen Rößhorn“. Thema: „Die Gewerksvereine und die Politik“. Referent: Kollege E. Lewin-Berlin. — Gietlin (Sängerchor der Gewerksvereine). Die Liebigstrunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rehr. Bülh. 5, Ratt. Stimmberechtigte Kollegen sind herzl. willkommen. — Langel (Distriktsrat für Langel, Vorkriegs- und Reindenberg). Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr i. Rumer, Schlieckerstr. 28. Ede Schönebergerstr. — Thron (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Bauernstr. 62. — Weisenfeld a. S. (Sängerabteilung der Gewerksvereine). Liebigstrunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schönebergerstr. — Weisenfeld (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsrat bei Hermann Garten. — Worms (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal Rheinal.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Legikon des Arbeitsrechts
in Verbindung mit
Felix Claus, Hermann Jög, Hermann Kuppe
herausgegeben von
Alexander Elker.
Verlag von Gustav Fischer
in Jena.
Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Legikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitersekretäre, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches sehen. Wegen Einlieferung des Kopierpreises von 4,20 RM. pro Exemplar in gutem Einwand einband erfolgt frankierte Zusendung. Das Geld ist an unseren Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die
Frauen-Begräbnis-Kasse
des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. • Anwartschaft von 15. bis 46. Jahre ohne ärztliche Untersuchung.
Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Eintrittsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Natibor, O.-Schl. (Ortsv.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Franz Preiß, Galzstr. 5 I.
Worms (Ortsv.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pfg. im Verbandslokal „Zum Rheintal“ (Rheinstr. 4).

Bitterfeld (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgehalt von 75 Pfg. bei den Ortsverbandskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer D. Eppendorf, Kauf. Bismarckstr. 10.

Sommerfeld (Ortsv.). Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgehalt im Betrage von 50 Pfg. beim Verbandskassierer Röll. Unglaube, Sommerfeld, Krummestr. 108.

Düsseldorf und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen aller Berufs erhalten in unserem Verbandsbureau zum Klosterfeller, Rurstraße 29, freies Logis mit Frühstück oder 75 Pfg. Ortsgehalt. Zu melden auf dem Bureau, i. Etage, Düsseldorf Arbeitsnachweis für alle Berufs.

Mathesow (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgehalt beim Kassierer S. Wieland, Forststr. 61 III.

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Katharinenstraße 2/8 II.

Gebirgs-Wacholderkast
Allerhöchste Genehmigung vom 10. April 1904. Reichsanzeiger S. 50 M. Nr. 100. **FRANZ UBERALLA**, Laboratorium P. Seifert, Düsseldorf Nr. 26. — bei Waldenburg (Schlesien) Georgy.

Sieditz (Ortsv.). Wandernde Kollegen erhalten Versorgungsarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Albert Römisch, Jauerndorfstr. 37 II. Arbeitslose Kollegen, welche hieher kommen und wegen Arbeit Umzug haben, aber gleich wieder abziehen, erhalten ein Ortsgehalt von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Lüdenscheid (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis (sowie Ortsverbandsgehalt) befindet sich beim Sekretär Felix Bunte, Roßstr. 12.

Sippstadt (Ortsverband). In durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 75 Pfg. gezahlt vom Kassierer S. Biese, Sippstadt, Oberlagerstraße 82.